

Niederschrift

**über die 27. Sitzung des Ausschusses für Bau und Planung und gleichzeitig
gemeinsame Sitzung mit dem Innenstadtbeirat**

der Stadt Neustadt an der Weinstraße

am Donnerstag, dem 15.12.2016, 19:00 Uhr,

im Stadthaus I, Ratssaal, Marktplatz 1, Neustadt an der Weinstraße

- Öffentliche Sitzung -

Anwesend:

Vorsitzender

Löffler, Hans Georg

Stadtvorstand

Blarr, Waltraud

Röthlingshöfer, Ingo

Mitglieder

Bachtler, Christoph

Becker, Joachim

Catoir, Philipp

Disson, Helmut

Graf, Alexander

Henigin, Roland

Racs, Richard

Schick, Claus-René

Schmidt, Peter

Stahler, Clemens

Werner, Kurt

kommt während TOP 1 (19:05 Uhr)

kommt während TOP 1 (19:01 Uhr)

kommt während TOP 1 (19:01 Uhr)

kommt während TOP 1 (19:02 Uhr)

Stellvertreter

Bender, Pascal

Meisel, Ulrike

für Herrn Schreiner

für Herrn Fürst

Mitglieder des Innenstadtbeirats

Grun-Marquardt, Rainer

Hofmann, Gerhard

Kleinschmidt, Olaf

Kraft, Ulrike

Schallmo, Karl-Heinz

Schied, Norbert

Schönbach, Günter

Welsch, Hans-Jürgen

für Herrn Dr. Böhringer

für Herrn Himpel

Vorsitzender des Innenstadtbeirats

geht nach TOP 1 (19:16 Uhr)

für Herrn Erdelt

Gäste

Graebert, Friderike

Levis-Hofherr, Diana

Keller, Kathrin

Presse

Verwaltung

Abels, Rainer

Adams, Bernhard

Fleckenstein, Tim

Günther, Andreas

Jerges, Eva

Müller, Rolf

Soffel, Heike-Katherina

Staudinger, Erwin

Protokoll

Entschuldigt:

Mitglieder

Fürst, Otto
Marggraff, Wilfried
Schreiner, Werner

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er stellt den Antrag, wegen Dringlichkeit noch den TOP 6 „Ausbau der Dammstraße“ auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TAGESORDNUNG:

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Bewerbung für ein Städtebaufördergebiet "Neustadt-Böbig" im Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" | 414/2016 |
| 2. | Stellungnahme der Stadt Neustadt an der Weinstraße zur Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz (LEP IV)
- Beteiligung gem. §§ 6 Abs. 3 und 8 Abs. 1 Landesplanungsgesetz - | 390/2016 |
| 3. | Stellungnahme der Stadt Neustadt zur geplanten Neuausweisung des Wasserschutzgebietes Benzenloch | 415/2016 |
| 4. | Ausbau der Ursulastraße im Ortsteil Diedesfeld | 388/2016 |
| 5. | Erschließung der Lincolnstraße | 389/2016 |
| 6. | Ausbau der Dammstraße | |
| 7. | Mitteilungen und Anfragen | |

TOP 1

414/2016

Bewerbung für ein Städtebaufördergebiet "Neustadt-Böbig" im Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt"

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde der Innenstadtbeirat zur gemeinsamen Beratung und Beschlussfassung beigeladen.

Herr Adams erklärt, warum für den Stadtteil „Neustadt-Böbig“ eine Bewerbung für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ angestrebt wird sowie die Einzelheiten des Antragsverfahrens.

Herr Bachtler (FWG) möchte wissen, ob dieses Projekt Auswirkungen auf den „Grünzug Böbig“ habe. Herr Adams erklärt, dass das Projekt „Grünzug Böbig“ aus einem anderen Topf gefördert wird. Hier sei das Verfahren schon weiter gediehen und auf einem guten Weg, weswegen eine Verknüpfung nicht nötig sei.

Herr Stahler (CDU) möchte wissen, ob es sich bei der Förderung in Höhe von 80% tatsächlich um einen prozentualen Anteil handelt, oder ob in absoluten Zahlen eine Deckelung der Förderung zu erwarten ist. Herr Adams antwortet, dass eine Förderung von fünf bis sieben Mio. € in 10 Jahren realistisch zu erwarten sei, da sich auch der Bund daran beteilige.

Herr Schick (SPD) hebt die gelungene Beteiligung der WBG bei dem „Soziale Stadt“-Projekt für den Stadtteil „Branchweiler“ hervor und möchte wissen, ob auch im vorliegenden Fall mit der WBG gesprochen werde, ob diese sich wiederum als Impulsgeber beteiligen wolle. Herr Bürgermeister Röthlingshöfer erklärt, dass bereits Gespräche mit der WBG geführt worden seien und diese zugesagt habe, sich beteiligen zu wollen.

Herr Werner (Grüne) hält für wahrscheinlich, dass das Land für eine Stadt immer nur ein Projekt bewilligen könnte und befürchtet eine Kollision dieser Förderung mit der zukünftigen Förderung des Stadtumbaus West. Herr Adams entgegnet, dass das Land grundsätzlich bereit sei, mehrere Gebiete zu fördern, dass es sich hierbei aber auch nach der Größe der jeweiligen Stadt richte. Er gehe davon aus, dass in Neustadt ein Projekt nach dem anderen abzuarbeiten sei und daher nicht ein neues Förderprojekt über ein bereits in Förderung stehendes Gebiet gelegt werden könne. Da der Stadtumbau West noch eine ganze Weile laufe, sehe er hier keine Kollisionsgefahr.

Herr Schied (ISB) erwartet, dass die Gremien im neuen Jahr weitere Informationen über den Sachstand des Projektes erhalten. Herr Adams erklärt, dass die Stadt zunächst vorläufig in das Förderprojekt aufgenommen werde. Nach Stellung des 1. Förderantrags aufgrund des in der aktuellen Sitzungsrunde zu fassenden Grundsatzbeschlusses sei bis zum Sommer mit dem Förderbescheid des Landes zu rechnen. Erst dann könne man in die eigentliche Arbeit einsteigen und einen Planungsauftrag für ein „Integriertes Handlungskonzept“ vergeben. Über den Sachstand wolle man regelmäßig in den Gremien informieren. Ausgleichs- und Erschließungsbeträge sollen nur für den Straßenbau erhoben werden.

Herr Graf (CDU) möchte wissen, wie sich eine Anfrage nach der Neuerrichtung eines Gebäudes auswirkt, da die Förderung sich ja auf den aktuellen Bestand beziehe. Herr Adams erklärt, dass für jegliche bauliche Maßnahme immer der jeweilige Fachtopf vorrangig sei. So

gebe es Förderung für die Errichtung öffentlicher Anlagen (z.B. Grünanlagen, Spielplätze) sowie öffentliche Einrichtungen (wie Kindergärten, Schulen oder Stellen für soziale Arbeit im Stadtteil), aber auch für private Sanierungen. Private Neubauten sind außen vor.

Der Innenstadtbeirat ist mit acht anwesenden Mitgliedern (von 15) vertreten und somit beschlussfähig. Alle anwesenden Mitglieder stimmen für den Grundsatzbeschluss.

Auch der Ausschuss für Bau und Planung empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, die Bewerbung des Stadtteils „Neustadt-Böbig“ zur Aufnahme im Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ zu befürworten.

TOP 2

390/2016

Stellungnahme der Stadt Neustadt an der Weinstraße zur Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz (LEP IV)

- Beteiligung gem. §§ 6 Abs. 3 und 8 Abs. 1 Landesplanungsgesetz -

Herr Adams erläutert nochmals den Entwurf des Landes für die Dritte Teilfortschreibung des LEP IV. Dieser befasst sich mit der Windkraft als einzigem Themenfeld. Die Planung sieht vor, dass der Naturpark Pfälzerwald sowie historische Kulturlandschaften gänzlich zu Ausschlussgebieten erklärt werden. Darüber hinaus sollen die Mindestabstände angehoben sowie künftig immer mindestens drei Anlagen im räumlichen Verbund errichtet werden. Aus diesen Gründen ist die Errichtung von Windkraftanlagen in ca. 80 % unseres Stadtgebietes von vorneherein unzulässig. Die verbleibenden 20 % unterliegen nun als Weißflächen der Kommunalplanung, weshalb der Flächennutzungsplan ebenfalls mittelfristig fortgeschrieben werden soll.

Herr Schmidt (FWG) wirft ein, dass sich große Windkraftanlagen auf Neustadter Gebiet aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit nach seiner Recherche nicht rentieren könnten.

Der Ausschuss für Bau und Planung empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, den Formulierungsvorschlag der Verwaltung als kommunale Stellungnahme zur Dritten Teilfortschreibung des LEP IV zu beschließen.

TOP 3

415/2016

Stellungnahme der Stadt Neustadt zur geplanten Neuausweisung des Wasserschutzgebietes Benzenloch

Herr Adams erklärt kurz die Vorlage. Die SGD Süd als Obere Wasserbehörde betreibt auf

Antrag der Gemeinde Haßloch die Neuausweisung des Wasserschutzgebietes Benzenloch. Da dieses eine große Ausdehnung auf Neustadter Gebiet aufweisen soll, wurde die Stadt als Trägerin öffentlicher Belange aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben.

Herr Oberbürgermeister Löffler weist darauf hin, dass dem Hinweis des Umweltausschusses, die neuen Erkenntnisse des BUND zur Altlastenproblematik in die Stellungnahme einfließen zu lassen, allein schon dadurch Rechnung getragen wird, dass der BUND selbst als Träger öffentlicher Belange an dem Verfahren beteiligt wurde und somit diese Thematik bereits in seiner eigenen Stellungnahme an die SGD aufgreifen werde. Trotzdem wird die Stellungnahme durch die Umweltabteilung entsprechend angepasst, wie Frau Beigeordnete Blarr versichert.

Der Ausschuss für Bau und Planung empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, die Stellungnahme der Stadt Neustadt an der Weinstraße für das Verfahren „Neuausweisung Wasserschutzgebiet Benzenloch“ an die Obere Wasserbehörde (Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd) entsprechend des Entwurfs der Verwaltung abzugeben.

TOP 4

388/2016

Ausbau der Ursulastraße im Ortsteil Diedesfeld

Herr Abels erläutert kurz die Hintergründe der Vorlage sowie die Einzelheiten des geplanten Ausbaus. Der Ausbau soll in Form einer Mischfläche gestaltet werden, bei welcher Gehwege und Fahrbahn nur durch eine Rinne getrennt sind. Diese soll in Pflasterbauweise hergestellt werden; die 14 anzulegenden Parkplätze (davon zwei Behindertenparkplätze) werden farblich abweichend gepflastert. Die Entwässerung soll über ein negatives Dachprofil mit mittiger Pflasterrinne gewährleistet werden. Auch die Straßenbeleuchtung wird komplett erneuert, sowie alle erforderlichen Ver- und Entsorgungsleitungen seitens ESN und Stadtwerken. Daneben werden Leerrohre für die Erschließung mit schnellem Internet verlegt.

Die Bekanntmachung der Ausschreibung soll im Januar 2017 erfolgen; die Submission im Februar. Der Stadtrat soll die Vergabe am 21.03.2017 beschließen, sodass Mitte April mit dem Bau begonnen werden könnte.

Herr Schick (SPD) befürchtet, das Pflaster könne genauso aussehen wie am Hambacher Rathaus. Dies wird von Herrn Oberbürgermeister Löffler verneint.

Herr Bachtler (FWG) nimmt Bezug auf die von den Anwohnern eingereichte Frageliste und stellt dar, dass unter den Anwohnern eine große Verunsicherung herrsche, da die kürzlich ausgebaute Blöckenstraße nun schon nach kurzer Zeit Spurrillen aufweise. Er möchte

wissen, wie eine solche Absenkung beim Ausbau der Ursulastraße vermieden werden kann.

Herr Abels stellt dar, dass der Ausbau nach dem Stand der Technik durchgeführt und auf gute Qualität Wert gelegt werde. Unter anderem wird auf die Durchführung der erforderlichen Kontrollprüfungen gesteigerten Wert gelegt. Er bedauert, dass er den Fragenkatalog mit ganzen 48 Fragen, welche mündlich bereits in der Anwohnerversammlung geklärt worden waren, nicht innerhalb von drei Tagen habe beantworten können.

Herr Henigin (CDU) erklärt, dass der Ortsbeirat Diedesfeld der Vorlage bereits einstimmig zugestimmt habe. Er empfiehlt für die Blöckenstraße, die bereits entstandenen Schäden zu dokumentieren und regt an, ein kleineres Fahrzeug für die Müllabfuhr einzusetzen.

Der Ausschuss für Bau und Planung beschließt einstimmig den Ausbau der Ursulastraße im Ortsteil Diedesfeld.

TOP 5

389/2016

Erschließung der Lincolnstraße

Herr Abels erläutert zur Vorlage, dass nur die Lincolnstraße voll ausgebaut werden soll; in der Erkenbrechtstraße soll lediglich der Gehweg neu angelegt werden. Über eine Erneuerung der Deckschicht der Erkenbrechtstraße über die gesamte Breite werde derzeit nachgedacht. Auf östlicher Seite der Lincolnstraße soll in Fortführung des Querschnitt-Bestandes in deren südlichen Teil eine Parkfläche eingerichtet werden, welche 11-13 PKW Platz bieten wird. Als Sichtschutz wird entlang des Friedhofs eine Eibenhecke gepflanzt. Auch die Straßenbeleuchtung sowie alle erforderlichen Ver- und Entsorgungsleitungen seitens ESN und Stadtwerken werden im Zuge der Maßnahme hergestellt bzw. erneuert.

Der Ausbau soll im März 2017 begonnen werden; es wird mit einer Bauzeit von 6 Monaten gerechnet. Es wird von Gesamtkosten in Höhe von 272.000 € ausgegangen; hierfür werden Erschließungsbeiträge erhoben.

Herr Oberbürgermeister Löffler nimmt Bezug auf das Anschreiben der Anlieger, in welchem diese beantragten, die Parkplätze nicht am Friedhof, sondern auf Seiten der Häuser anzulegen. Er bedauert jedoch, dass diese Lösung nicht sinnvoll sei, da durch die dort bestehenden hauseigenen Parkplätze und Einfahrten nur maximal 7 Parkplätze realisierbar seien.

Herr Adams ergänzt, dass die Anlage der Parkplätze auf der Häuserseite auch eine Gefahr

für zwischen den Autos heraus auf die Straße laufende Kinder der Anwohner darstellen könnte, da Autofahrer diese womöglich nicht rechtzeitig sähen.

Herr Werner (Grüne) befürwortet die Anlegung der Parkplätze in der Lincolnstraße, da er sich hierdurch eine Ordnung des „Wildparkens“ in der Grainstraße erhofft.

Die Nachfrage von Frau Kraft (ISB), ob auch in der Erkenbrechtstraße Parkbuchten entstehen sollen, verneint Herr Abels.

Herr Grun-Marquardt (ISB) vermisst bei der Planung die Ausweisung von Abstellflächen für Fahrräder. Herr Oberbürgermeister Löffler befürwortet die Errichtung von Fahrradständern im Eingangsbereich des Friedhofs.

Der Ausschuss für Bau und Planung beschließt einstimmig die Erschließung der Lincolnstraße.

TOP 6

Ausbau der Dammstraße

Aufgrund des heutigen Presseberichtes in der „Rheinpfalz“ ist der TOP „Ausbau der Dammstraße“ zu Beginn der Sitzung auf die Tagesordnung genommen worden.

Herr Oberbürgermeister Löffler trägt kurz den zugrunde liegenden Sachverhalt vor. Demnach habe man auf Empfehlung des Planungsbüros eine „Alles-Rot“-Lichtsignalanlage bestellen wollen, von deren Herstellerfirma jedoch die Auskunft erhalten, dass diese Anlagenart aus den Richtlinien für die Anlage von Lichtsignalanlagen (RiLSA) gestrichen worden sei. Das Schreiben der Firma sei der Stadt am 28.07.2016 übermittelt worden. Am 16.09.2016 habe Herr Abels Frau Ortsvorsteherin Bolz und Herrn Bender informiert. Die Verkehrskommission habe sich am 10.11.2016 gegen eine „Alles-Rot“-LSA ausgesprochen, worüber Herr Abels am 11.11.2016 Herrn Oberbürgermeister Löffler mündlich sowie Frau Bolz telefonisch informiert habe. Daneben habe er dies nochmals durch Email vom 16.11.2016 bestätigt. Da die Leerrohre und Kabelzugschächte bereits lägen, gebe es keinen Grund, den Bau nun zu stoppen, da der nachträgliche Einbau einer solchen Anlage noch immer möglich sei. Der Leiter der Rechtsabteilung, Herr Bauer, habe sich aus haftungsrechtlichen Gründen dagegen ausgesprochen, geltende Richtlinien zu ignorieren.

Herr Abels ergänzt, dass die Alles-Rot-Ampel in den letzten Jahren in Verruf geraten sei und als gefährlich gelte. So habe diese für ortskundige Autofahrer einen Gewöhnungseffekt und

berge eine Unfallgefahr, da diese nur noch die Ampel fixierten und Fußgänger übersähen. Es habe dadurch bereits Unfälle mit Personenschäden gegeben. In Rheinland-Pfalz sei die „Alles-Rot“-Ampel zwar nicht explizit verboten, aber aufgrund der davon ausgehenden Verkehrsgefahr aus den Richtlinien genommen worden. Haftungsrechtlich sei es fahrlässig, sich wissend hierüber hinwegzusetzen. Einen Baustopp hält er für nicht mehr sinnvoll, da für diesen Bauabschnitt der Unterbau bereits komplett fertig gestellt sei und nur noch die Deckschicht fehle.

Herr Oberbürgermeister Löffler zeigt sich nicht begeistert über die Entwicklung sowie über das Planungsbüro und schließt sich der Verärgerung des Ortsbeirates Hambach an. Er gibt jedoch zu bedenken, dass bei einem Baustopp Regressforderungen der Baufirma drohen können und empfiehlt daher, den Abschnitt zunächst fertig zu bauen und sich gleichzeitig zu überlegen, welche Maßnahmen on top möglich seien. Wichtig sei nun, eine Lösung zu finden, welcher auch der LBM zustimme.

Herr Bender (SPD) stellt die zeitliche Abfolge sowie die Ampelanlage nicht in Frage. Das Problem sei nun aber, dass aufgrund des geraden und breiten Ausbaus der Dammstraße eine Rennstrecke entstanden sei, von welcher ein hohes Gefährdungspotential ausginge. Dies sei umso beunruhigender, da es sich hier um einen Schulweg für Kinder handle, die auf dem Radweg oder als kreuzende Fußgänger am Verkehr teilnahmen. Weiterhin seien die Anwohner aufgrund der bisherigen Maßnahmen bezüglich der Bushaldebuchten und der Bäume unzufrieden.

Herr Bachtler (FWG) bedankt sich bei Herrn Abels für die Recherche und teilt dessen Meinung, dass man sich nicht guten Gewissens über die Richtlinien hinwegsetzen kann. Er möchte wissen, was für Möglichkeiten es noch gebe. Herr Abels entgegnet, dass aufgrund der beinahe Fertigstellung des Bauabschnitts jetzt nicht mehr eingegriffen werden könne. Nachträgliche Maßnahmen zu finden halte er für schwierig, da bereits vor der Idee der „Alles-Rot“-Ampel lange diskutiert worden sei, weil von keiner beteiligten Partei eine Lösung habe gefunden werden können.

Frau Graebert (Grüne) gibt zu bedenken, dass eine Ampel nicht zur Regelung der Geschwindigkeit eingesetzt werden dürfe. Sie plädiert dafür, auch die Fußgänger und Radfahrer als Verkehrsteilnehmer zu beachten und zu schützen. Sie schlägt vor, die Ampel anders zu schalten, zum Beispiel als Fußgängerbedarfsampel, oder die Verkehrsgeschwindigkeit durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 oder 40 km/h zu reduzieren. Alternativ schlägt sie die Einrichtung von Fahrradstreifen auf der Fahrbahnfläche vor.

Herr Oberbürgermeister Löffler entgegnet, dass diese auf ausdrücklichen Wunsch des LBM bereits so vorgesehen seien. Genau dies würde auch einen Teil des Problems ausmachen, da hierdurch die Fahrbahn von den Autofahrern optisch breiter und als zum Rasen einladend wahrgenommen werde. Ihm selbst falle als kurzfristige und günstige Lösung nur ein Dauer-Blitzgerät ein. Herr Schick (SPD) meldet ein solches auch für Lachen-Speyerdorf an.

Herr Oberbürgermeister Löffler schlägt vor, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, nach Alternativen für die Verkehrsverlangsamung zu suchen. Diese könnten dann diskutiert und mit dem LBM abgestimmt werden.

Herr Werner (Grüne) prangert an, dass bei dieser Maßnahme alles schief gegangen sei, was schief gehen könne: Erst die Bäume, dann die Fahrradwege, nun die Ampel. So habe das Planungsbüro das Vertrauen der Bürger verspielt. Er überlegt, ob dieses in Haftung genommen werden könne. Daneben müsse die Verwaltung mit ins Boot, um nach Alternativen zu suchen und das Vertrauen wieder herzustellen. Er fordert eine klare Willensbekundung, in absehbarer Zeit hieran zu arbeiten.

Herr Schick (SPD) bittet darum, künftig genau zu überlegen, ob man dieses Büro noch einmal beauftragen solle.

Herr Bender (SPD) bittet die Verwaltung, bis Dienstag einen Textvorschlag zum Antrag des Ortsbeirates Hambach an den Stadtrat zu entwerfen. Dieser Antrag sei als Signal an die Bürger zu verstehen, diese mitzunehmen. Nicht der Baustopp, sondern eine zielgerichtete Lösungsfindung sei nun wichtig.

Herr Oberbürgermeister Löffler betont, dass die Stadt immer darauf achte, die Bürger mitzunehmen. So sei unter seiner Führung keine Straßenbaumaßnahme ohne vorherige Anwohnerversammlung durchgeführt worden.

Hr. Schied (ISB) schlägt vor zu prüfen, ob das Gegenteil der „Alles Rot“-Ampel, also eine Ampel die immer grün sei und nur auf Rot umschalte, wenn sich ein Fahrzeug mit zu hoher Geschwindigkeit nähere, zulässig sei. Seiner Meinung nach dürfe der LBM nicht aus der Verantwortung genommen werden und solle sich ebenfalls an der Lösungsfindung beteiligen, indem er seine Erfahrungen mit anderen Ortsdurchfahrten einbringe. Die Planungsfirma sei für die hierdurch nun entstehenden Folgekosten in Regress zu nehmen.

Herr Stahler (CDU) ist für den von Herrn Bender ins Spiel gebrachten Antrag an den Stadtrat und spricht sich dafür aus, dass der Bauausschuss sich diesem ebenfalls anschließt. Das

Signal des Ortsbeirates, einen Baustopp zu verlangen, sei vom Bauausschuss als Hilferuf verstanden worden.

Frau Beigeordnete Blarr fragt nach, ob der Einbau von Bodenwellen möglich sei. Herr Oberbürgermeister Löffler entgegnet, dass er nicht davon ausgehe, hiervon aber auch dringend abrate. Neben dem Lärm, welche durch die hierüber fahrenden Autos verursacht werde, bestünde immer auch die Gefahr, dass Ortsunkundige mit zu hoher Geschwindigkeit von diesen aus der Bahn geworfen würden.

Herr Schick (SPD) stellt den Konflikt zum LBM dar. Während die Stadt das Beste für ihre Bürger wolle, was sich in diesem Fall in einer Verlangsamung des Verkehrs verfestige, verfolge der LBM ein konträres Interesse, nämlich den Verkehr zu verstetigen, damit dieser reibungslos laufe.

Der Ausschuss für Bau und Planung empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, Alternativen zur Verlangsamung des Verkehrs in der Dammstraße aufzuzeigen, sowie zu beschließen, hierfür erforderliche Haushaltsmittel für eventuell anfallende Mehrkosten bereit zu stellen.

TOP 7

Mitteilungen und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Ende der Sitzung: 20:31 Uhr

Hans Georg Löffler

Vorsitzender

Eva Jerges

Protokollführerin